Pathos betriebenen Widerstand gegen die Atomrüstung der Bundesregierung nun nicht einfach und lammfromm auslaufen lassen, indem man das Fatum der parlamentarischen Niederlage hinnehme.

In diesem Dilemma brachte die SPD den Gedanken einer Volksbefragung hervor, den Ollenhauer dann am Dienstagabend im Bundestag vortrug: Danach sollen die wahlfähigen westdeutschen Staatsburger in einer Abstimmung ihre Meinung darüber kundtun, ob sie die Atombewaffnung wünschen oder nicht. Ein Gesetz, durch das eine solche Volksbefragung angeordnet wird, will die SPD demnächst im Bundestag einbringen.

Würde dieser Gesetzesvorschlag der SPD im Bundestag eine Mehrheit finden, und würde dann die Mehrheit der Wähler sich gegen die Atomaufrüstung entscheiden, so wäre dem Buchstaben des Grundgesetzes nach damit eigentlich nichts bewirkt. Das Grundgesetz sieht — abgesehen von einigen Ausnahmefällen* — keine Möglichkeit einer direkten Willensentscheidung der Wähler vor. Laut Verfassung haben sie ihren Willen indirekt durch die Wahl von Repräsentanten zu bekunden, die ihre Entscheidungen unabhängig treffen sollen.

Die westdeutsche Demokratie ist mithin das, was man eine "repräsentative" Demokratie nennt — im Unterschied zur sogenannten "plebiszitären" Demokratie, in der die Wähler durch Volksbegehren und Volksentscheide unmittelbar (direkt) die Politik ihres Landes bestimmen dürfen. Der von der SPD geplante Vorschlag einer Volksbefragung tastet mithin ohne Zweifel die Grundstruktur der repräsentativen westdeutschen Demokratie an und versucht, plebiszitäre Elemente in das westdeutsche Verfassungsleben zu mischen.

Nun hat freilich dieser Versuch wenig Aussicht auf Erfolg. Bei den gegenwärtigen Mehrheitsverhältnissen im Bundestag wird der SPD-Gesetzesvorschlag niedergestimmt werden, wie in der letzten Bundestagsdebatte alle Initiativen der Opposition der Ablehnung durch die Regierungsmehrheit verfielen.

Gleichwohl aber kommt dem SPD-Vorschlag einer Volksbefragung politische Bedeutung zu, deren Tragweite allerdings vorläufig nicht abzusehen ist. Die Ablehnung der Volksbefragung dürfte die Regierung Adenauer mit dem Odium belasten, sie wage nicht, mit einer Lebensfrage — Atombewaffnung oder nicht — vor das Volk zu treten.

Das Unbehagen, das aus diesem Verlauf der Dinge zu erwarten ist, könnte eines Tages Zündstoff für demagogische Experimente sein. Eben diese Angst vor der Demagogie, geschärft durch die Erfahrungen mit Hitler, war das wichtigste Motiv der Verfasser des westdeutschen Grundgesetzes, sich für eine repräsentative Demokratie zu entscheiden.

Im Bonner Parlamentarischen Rat hatte im Herbst 1948 der SPD-Abgeordnete Menzel vorgeschlagen, einen Volksentscheid selbst dann zuzulassen, "wenn damit bezweckt wird, ein bereits gewähltes Parlament wieder aufzulösen, mit der Begründung, die Masse der Wähler sei der Auffassung, daß dieses Parlament nicht mehr dem derzeitigen Willen des Volkes entspreche".

Daraufhin war der FDP-Abgeordnete Theodor Heuss aufgestanden: "Ich warne davor, mit dieser Geschichte die künftige Demokratie zu belasten. Das Volksbegehren... ist in der Zeit der Vermassung und Entwurzelung in der großräumigen Demokratie die Prämie für jeden Demagogen..."

Jetzt kommt's

Tahezu in der letzten Minute der vier Tage währenden Bundestagsschlacht wurde endlich klar, zu wessen Nutzen Westdeutschlands Bundeswehr Atom-bewaffnet werden soll: Zum Nutzen Amerikas.

Die Stillhaltefrist des Atom-Patts, in der die beiden Atom-Großmächte den Weltkonflikt mit Weltuntergangs-Drohungen in der Schwebe hielten, geht auf die Neige. Der militärisch unbrauchbare, weil im Endeffekt unberechenbare Vergeltungsapparat wird durch handlichere Kaliber ersetzt, mit denen Amerikas Bundesgenossen einschließlich der westdeutschen Bundeswehr schlages örtlich bis zu einem gewissen Grade Versuchsaktionen an der Peripherie der Nato oder innerhalb der Nato eines Tages möglich sein werden ... Und gerade weil die Anwendungsmöglichkeit der strategischen Abschreckung begrenzter wird — das wissen Sie, Kollege Erler, und das weiß ich —, gerade deshalb kommt es darauf an, örtlich keine weichen Stellen zu schaffen, die einen lokalen Krieg ermöglichen könnten ..."

ERLER (SPD): "Bedeutet sinngemäße Anwendung der Gedanken des Verteidigungsministers — Ausschaltung des lokalen Krieges überall in der Welt —, daß nun alle Staaten in der ganzen Welt mit Atomwaffen ausgestattet werden müssen. weil



Amerikanische "Atom-Anni": Auch für die Bundeswehr?

fortan nicht nur abschrecken können, sondern ernstfalls auch schießen dürfen — ohne daß die Amerikaner dabei zu fürchten brauchen, gegen bundesdeutsche Atomgranaten auf Magdeburg oder Erfurt sowjetische Atomraketen auf Chicago oder Detroit einzutauschen.

Verteidigungsminister Strauß hat diesen atomaren New Look vor dem Bundestag mit groben Strichen skizziert: "Es gibt mehrere Kollegen, die genau darüber Bescheid wissen, daß die Möglichkeit der Abschreckung durch die strategischen nuklearen Waffen begrenzt ist wegen des Gleichgewichts, das auf beiden Seiten entweder bereits herrscht oder in absehbarer Zeit herrschen wird. Sie wissen auch ganz genau, daß die Sowjets deshalb hoffen, daß wegen der Unmöglichkeit des strategischen nuklearen Schlages und Gegen-

das offenbar das einzige Mittel ist, das Sie dazu sehen?"

STRAUSS: "Nein, das nicht, Herr Kollege Erler, aber wenn Sie sich auch noch einen Gedanken dazu anhören wollen: Der Zweck jeder modernen Bewaffnung gerade auch auf seiten der Nato dient nicht dazu, diese Waffen anzuwenden.

"Ich weiß, wie schwer das ist, diesen Standpunkt plausibel zu machen. Aber Sie wissen genauso gut wie wir: Wenn ein Angreifer über Atomwaffen verfügt, ohne sie anzuwenden, und er steht einem Verteidiger gegenüber, der sie nicht hat, deshalb sie nicht anwenden könnte, ist der Angreifer allein mit seinen konventionellen Mitteln deshalb in einer erdrückenden Überlegenheit, weil der Angreifer auf engstem Raum dichte Truppenmassen kon-

^{*} Volksbegehren und Volksentscheid sind in der Bundesrepublik laut Grundgesetz (Art. 29) nur für die Neugliederung der Länder vorgesehen, und zwar für Jene Gebiete, die nach dem Kriege durch Besatzungsrecht ohne Volksabstimmung ihre Landeszugehörigkeit geändert haben.

zentrieren kann, während der Verteidiger in der Ungewißheit, ob der Angreifer Atomwaffen anwendet oder nicht, sie weit auseinanderstreuen muß..."

ERLER: "Herr Minister, glauben Sie, daß taktische Atomwaffen eingesetzt werden können in einem solchen Fall, wie Sie gemeint haben, ohne daß sie zur Vergeltung durch strategische Waffen führen? Glauben Sie, daß überhaupt der Einsatz der taktischen Atomwaffen einen Sinn hat?"

STRAUSS: "Das Streben auf beiden Seiten geht dahin, die strategischen Atomwaffen nicht einzusetzen, weil sie für beide Seiten Selbstmord begehen. Daraus könnte ein Angreifer folgern: Weil der andere das Risiko der Verteidigung scheut, versuche ich örtlich in Berlin, in Wien, in Lübeck, in Dänemark oder in der Türkei oder irgendwo eine militärische Aktion..."

ERLER: "Darf ich aus diesen Ausführungen schließen, Herr Minister, daß Sie unter diesen Umständen die Ausstattung aller Armeen aller Staaten rund um die Sowjet-Union herum nach den Plätzen, die Sie eben aufgezählt haben, auch der österreichischen und selbstverständlich der westlichen Garnisonen in Berlin, mit taktischen Atomwaffen für erforderlich halten?"

STRAUSS: "Nein, das nicht... Sie wissen genau, daß zwischen Gelände gewinnen in der Wüste Gobi und um das Ruhrgebiet herum ein großer Unterschied ist."

Daß die amerikanischen Planstrategen jetzt allen Ernstes dabei sind, Straußens Atomtheorie zur Nato-amtlichen Atomkriegsdoktrin zu erheben, kam im Bundestag erst zur Sprache, als CDU-Rhetor Kiesinger, in der letzten Stunde der Debatte, die Bemerkung fallen ließ, "daß viele Persönlichkeiten des Westens, die sich doch auch Sorge mit uns gemeinsam um die Erhaltung des Friedens machen, gerade die neue Konzeption der Nordatlantischen Verteidigungsgemeinschaft fassen, weil sie den Westen aus einer tödlich gefährlichen Situation herausbringen wollen".

Am Beispiel Koreas

Welche Todesgefahr dem Westen trotz amerikanischer H-Bomben-Arsenale drohe, demonstrierte Kiesinger an zwei historischen Ereignissen: dem Prager Kommunistenputsch von 1948 und dem Krieg in Korea von 1950 bis 1953.

KIESINGER: "Sie setzen unsere ganze Sicherheit, Sie, meine Herren, von der Sozialdemokratie, und vielleicht auch Sie, meine Damen und Herren von der FDP, unsere ganze Sicherheit in die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten die volle atomare Gewalt besitzen, und glauben sich in diesem Schutze sicher. Der Herr Schmidt-Hamburg hat das noch jüngst in einem Brief an den SPIEGEL bestätigt, in dem er sagte: "Unsere Sicherheit beruht derzeit einzig darauf, daß neben der Sowjet-Union auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika diese schrecklichen Mittel besitzen."

"Ist das wahr, meine Damen und Herren? Das ist die Frage, das ist die Frage, die nach einer Antwort verlangt, und wir sagen: Das ist nicht wahr. Wir sind, wenn es so bliebe, nicht genügend geschützt, Warum nicht?

"Wir sind der Meinung, wahrscheinlich mit Ihnen, daß die beiden, die Amerikaner sowieso nicht, aber auch nach unserer Überzeugung die Sowjet-Union nicht, einen atomaren Krieg nicht beginnen werden, weil sie genau wissen, was das für sie selbst bedeuten würde. Wir sind uns also einig darin, daß hier ein Gleichgewicht des Schreckens besteht...

"Und was könnte uns nun für eine Gefahr drohen? Meine Damen und Herren, die Gefahr, daß die Sowjet-Union diese



Atom-Propagandist **Strauß** Schutz durch Nato-Atomkanonen

Situation ausnützen könnte, um in Europa — ich will es mal mit einem allgemeinen Ausdruck umschreiben —, um in Europa Gewalt zu üben. Das brauchte nicht darin bestehen, daß sie Panzer-Armeen vorschickt, es brauchte kein einziger sowjetrussischer Soldat marschieren. Denn das ist auch vor zehn Jahren in der Tschechoslowakei nicht geschehen, und trotzdem ging dort die Freiheit verloren ..."

ERLER: "Sind Sie der Meinung, Herr Kiesinger, daß einer demokratischen Regierung im Kampf gegen kommunistische Umsturzbemühungen, wie es in der Tschechoslowakei der Fall war, tatsächlich Atombomben für den inneren Gebrauch in dieser Lage helfen?"



Atom-Polemiker Erler Schutz durch Amerikas H-Bomben

KIESINGER: "Natürlich, Herr Erler, bin ich dieser Meinung nicht. Machen wir uns es doch gegenseitig ein bißchen schwer. Herr Erler, wenn damals der Westen in der Lage gewesen wäre, durch eine Hilfsaktion in der Tschechoslowakei einzugreifen, um die dort bedrohte Freiheit zu retten, dann wäre die Tschechoslowakei noch heute ein freies Land. Er war aber nicht dazu in der Lage."

· ERLER: "Ist Ihnen bekannt, daß damals, in jener Zeit, die Vereinigten Staaten von Amerika über Atomwaffen verfügten, die Sowjet-Union aber nicht?"

KIESINGER: "Soll ich wiederholen, Herr Erler, was heute abend mein Freund Dr. Martin schon gesagt hat, daß ja gerade die Vereinigten Staaten von Amerika — das beweist, daß sie das auch in Zukunft niemals tun würden — niemals bereit waren, ihr Atommonopol in einem solchen Fall auszunutzen; sie haben es auch in Korea nicht getan.

"Ich weiß nicht, ob die Entscheidung, die sie getroffen haben, immer richtig war, ich will dazu jetzt keine Stellung nehmen. Aber weil sie — jetzt kommt's, Herr Erler, jetzt kommt's —, weil sie nicht bereit waren, die Atombombe einzusetzen, und weil sie wegen ihres Truppenrückzugs über konventionelle Kräfte in Europa nicht verfügten, die den Kommunismus hätten abhalten können, in der Tschechoslowakei die Herrschaft anzutreten, deswegen geschah das Unglück in Prag.

"Und nun, Herr Kollege Erler, zurück zu dieser Idee. Wenn tatsächlich, nehmen wir einmal Berlin, wenn tatsächlich sich wiederholen sollte, daß der Osten nach Berlin greifen sollte, was geschähe dann wohl..."

ERLER: "Darf ich Sie bitten, der Sie doch Mitverantwortung für die Regierung tragen, wie Sie sich in einem solchen Falle den Entsatz Berlins denken?"

KIESINGER: "Das will ich zu tun versuchen. Die Politik, von der ich sprach... wenn diese Politik, Herr Erler, angewiesen wäre, als einziges Abschreckungsmittel in einem solchen Fall den sofortigen Einsatz der strategischen atomaren Waffen anzudrohen, der Wasserstoffbomben und so weiter, Herr Erler, das wäre eine unglaubhafte Abschreckung.

"Infolgedessen versucht der Westen eine glaubhaftere — er versucht, solange die allgemeine atomare Abrüstung nicht durchgesetzt werden kann, an Stelle der nicht nur fragwürdigen und entsetzlichen und auch zu einem großen Teil in vielen Fällen unglaubwürdigen totalen Abschreckung des großen atomaren Krieges eine glaubhaftere der taktischen Atomwaffen zu setzen..."

Kleiner Krieg ohne große Kaliber

Dieser Gedanke — daß kleine Atomwaffen verläßlicher funktionieren als große, weil man mit großen Kalibern den großen Krieg womöglich zwar verhindern, den kleinen Krieg aber überhaupt nicht führen kann — bewegt die Nato-Planer, seit der Angriff der Nordkoreaner und Chinesen auf Südkorea den Beweis dafür geliefert hat, daß die bloße Existenz amerikanischer Atombomben den Osten nicht unbedingt davon abzuhalten vermag, Krieg zu führen.

Obschon die Amerikaner damals sogar das Atombomben-Monopol hatten, konnten sie das Atombombardement auf die Mandschurei, die Basis des Angreifers, nicht riskieren, wollten sie nicht einen großen Krieg in Kauf nehmen, für den sie, abgesehen von ihren Atombomben, keineswegs gerüstet waren.

Die Sowjets hatten mit den Amerikanern atomar bereits gleichgezogen, als Eisenhower seines amtlichen Zeichens noch Oberbefehlshaber im atlantischen Hauptquartier zu Paris, gemeinsam mit Robert Oppenheimer, dem Chefkonstrukteur der ersten Atombombe, erstmals nach einer atomaren Patentlösung fahndete, mittels derer die Nato-Streitmacht kriegerische Auseinandersetzungen an jeder Stelle der europäischen Front wenn nicht verhüten, so doch hätte gewinnen können, ohne die Welt in Brand zu setzen.

Die Atomrüstung Amerikas lief zu dieser Zeit auf zweierlei Produktionsgleisen. Das amerikanische Heer bastelte an atomaren Kleinwaffen, die auf dem Gefechtsfeld im Panzer- und Infanteriekampf verwendbar sind. Die amerikanische Luftwaffe dagegen forcierte die Konstruktion der Wasserstoffbombe, eines militärisch sinnlosen Vernichtungsinstruments, dessen Bedeutung etwa der des Generalstreiks gleichkommt, insofern jedenfalls, als man beide — die H-Bombe und den Generalstreik — zwar androhen, von ihnen im Ernst aber ohne unkontrollierbares Malheur keinen Gebrauch machen kann.

Schild und Schwert

Amerikas Nato-Verbündete wähnten sich indes unter dem amerikanischen Atomschirm geborgen. Unter der Wirkung des ersten Korea-Schocks hatten sie sich zwar rasch bequemt, das Minimalsoll der Koalitionsstreitmacht auf sechzig aktive und vierzig Reserve-Divisionen festzusetzen. Und noch im Herbst 1951 hielten sie es für nötig, den 175 Sowjet-Divisionen in Mittelund Osteuropa mindestens 97 Nato-Divisionen entgegenzustellen. Aber schon Anfang 1954 stellte sich heraus, daß in Westeuropa 30 Nato-Divisionen das Maximum atlantischer Verteidigungsbemühungen darstellen.

Die Finanznot der Nato-Länder war nur einer der Gründe für die geringe Effektivität der Nato-Planer. Den zweiten Grund gaben die Amerikaner ihren europäischen Paktgenossen, und zwar mit dem Radford-Plan, demzufolge die amerikanischen Truppenverbände nach Atomkriegsprinzipien umgegliedert, ihre Mannschaftsstärken mithin reduziert wurden. Was Wunder, daß auch die Europäer von solchen Neuerungen zu profitieren suchten und reihenweise Wehrpflichtige nach Hause und in den Produktionsprozeß schickten, die im Atomkrieg nach amerikanischem Reformmuster überzählig zu sein schienen.

Dem Nato-Oberkommando blieb schließlich keine andere Wahl, als aus der mangelhaften Wehrbereitschaft der Europäer ein operatives Programm zurechtzutüfteln: Schild und Schwert. Dem Schild — den dreißig Soll-Divisionen — fiel die Aufgabe zu, einen Angriff auf Westeuropa aufzuhalten, bis das Schwert — die amerikanische Luftwaffe mit allen fabrikfertigen Atomkalibern — dem Angreifer den Garaus macht.

Längst bevor die Sputniks klarmachten, daß die Sowjets interkontinentale Raketen besitzen, hatte indes den Nato-Strategen gedämmert, daß sich ihr Schild-und-Schwert-Konzept nicht bewähren würde, falls die Sowjet-Wehrmacht den atomaren Vergeltungsschlag der Amerikaner gleichkalibrig zurückgeben könnte. Welche Folgen dieser Abtausch von Atomschlägen für Amerika hätte, läßt sich daran messen, daß nur ein geringer Teil des sowjetischen Atomsprengstoffvorrats ins Ziel zu kommen brauchte, um den amerikanischen Kontinent zu neutralisieren.

Präsident Eisenhower und seine Minister prüften, ob die Verbündeten Amerikas nicht zumindest atomare Kleinwaffen aus amerikanischer Produktion kaufen könnten. Frank C. Nash, abge-



Amerikanischer Atom-Theoretiker **Kissinger** Begrenzter Atomkrieg...

dankter Unterstaatssekretär des Verteidigungsministeriums, machte sich Anfang vergangenen Jahres in Eisenhowers Auftrag auf die Inspektionsreise durch Nato-Europa. Ein halbes Jahr später kam er mit der Empfehlung zurück, die Nato-Verbündeten mit kleinen Atomkalibern zu beliefern. Eisenhower stimmte zu, denn es sei "genau logisch", wenn die europäischen Freunde lokal begrenzte Angriffe "angemessen erwiderten".

Just um diese Zeit kam in Amerika ein Buch — "Kernwaffen und Außenpolitik" — heraus, dessen Verfasser, der aus Deutschland ausgewanderte Harvard-Professor Henry A. Kissinger, die intellektuelle Urheberschaft an der neuen Atomkriegsdoktrin für sich in Anspruch nehmen darf.



Deutscher Atom-Rhetor **Kiesinger** ... nach Schiedsrichterregeln

Kissinger klopft in seinem Buch zunächst das Abwehrkonzept der Nato ab, die er "eine Allianz auf der Suche nach einem Zweck" nennt. Die von ihrer eigenen Vergeltungsideologie genährte Angst der Amerikaner, jeder mögliche Krieg werde sich zu einem Weltkrieg ausweiten, der Amerika verwüstet, umschreibt er als "verhängnisvollen Kreis". Denn: "Die Konzentration auf Maßnahmen zur Zerschlagung eines sowjetischen Versuchs, uns physisch zu neutralisieren, haben nur der sowjetischen Führung Gelegenheit gegeben, uns psychologisch zu neutralisieren. Wir bemessen ihre Unternehmungen nur danach, daß die Provokation niemals einen umfassenden Krieg - die einzige Kriegsform, die unsere (Vergeltungs)-Doktrin in Rechnung stellt wert wäre."

Diese "Balance des Schreckens" hält der amerikanische Atomkriegstheoretiker aber nicht nur für ein unbequemes, sondern auch für ein unrentables Verfahren.

"Eine Strategie", schreibt Kissinger, "die von uns Amerikanern verlangt, das strategische Gleichgewicht durch die Drohung des Selbstmords aufrechtzuerhalten, legt uns eine unverhältnismäßig schwere psychologische Bürde auf", und es "... ist klar, daß der totale Atomkrieg für unsere Verbündeten kein strategischer Ausweg ist. So wird eine psychologische Brücke geschlagen zwischen der Überzeugung unserer Alliierten, daß sie von der massiven Vergeltung nichts zu gewinnen haben, und der Annahme der Sowjets, daß sie daher unsere Drohung nicht zu fürchten brauchen."

Das Fazit: "Das nukleare Patt mag den totalen Atomkrieg verhindern. Andere Formen der bewaffneten Auseinandersetzung wird es nicht abschrecken; im Gegenteil, es mag ihnen sogar Vorschub leisten."

Kissinger empfiehlt nicht, die massenvernichtenden Abschreckungswaffen abzuschaffen, zumal sie vonnöten wären, wenn die von ihm propagierte Kriegsform, der "begrenzte Krieg", die Grenzen sprengt: "Die Fähigkeit massiver Vergeltung würde dann die Sanktion gegen eine Ausdehnung des begrenzten Krieges darstellen."

Auch in seinen Grenzen müßte der "begrenzte Krieg" laut Kissinger allerdings mit Kernwaffen geführt werden, nicht um den Angreifer zu vertilgen, sondern um ihm in verständlicher Form zu bedeuten, daß er schleunigst wieder zurück muß, wenn der Krieg für ihn nicht gar zu schlimm ausgehen soll.

Kissinger: "Der Zweck einer Politik des begrenzten nuklearen Krieges besteht nicht darin, einen Ersatz für einen totalen Krieg zu schaffen, sondern eine Skala von Möglichkeiten zu eröffnen, die es gestattet, die Reaktion in ein tragbares Verhältnis zur Provokation zu bringen, so daß die militärische Kapazität und der Wille, sie anzuwenden, besser harmonieren werden als in dem krassen Feld, wo ein totaler Krieg unsere einzige Antwort auf eine Herausforderung ist."

Rezept des nuklearen Krieges

Wie sich die Reaktion operativ und feuertaktisch zur Provokation verhalten soll, hat Kissinger in einem besonderen Kapitel beschrieben, das sich wie eine Schiedsrichter-Anweisung für Manöverzwecke liest. Der Angreifer wird nicht einfach im Gegenangriff robust überrannt. Im Gegenteil, man läßt ihm hin und wieder Verschnaufpausen, auf daß er Muße zur Einkehr und Umkehr findet, Das Atomfeuer des Verteidigers wird aus gleichem Grund homöopathisch dosiert. Die diplomatischen Beziehungen werden nicht abgebrochen, so daß der Botschafter des angegriffenen Landes dem Regierungschef des Angriffslandes laufend Aufschluß darüber gibt, was den Angreifer erwartet, falls er

sich nicht zum Rückzug entschließen könnte.

Die strategische Luftwaffe wird in einem 900 Kilometer breiten Streifen beiderseits der Hauptkampflinie geschont, sofern Inspekteure festgestellt haben, daß diese Bomber Angreifer oder Verteidiger nicht unterstützen. In einer 1800-Kilometer-Zone werden alle Städte - und ihre im Umkreis von fünfzig Kilometern liegenden Randgemeinden - als offene Städte respektiert und von Atomfeuer ausgespart, wenn sie nicht als Bereitstellungsraum für Angriffsbewegungen mißbraucht werden oder Flugplätze und Abschußrampen für Atomgeschosse beherbergen, was ebenfalls durch Inspekteure zu prüfen ist.

Daß Henry A. Kissinger, der Erfinder dieser perfekten Kleinkriegs-Ordnung, von amerikanischen Blättern nach Erscheinen seines Buches als "neuer Clausewitz" glorifiziert worden ist, mag hingehen, zumal seine "begrenzten Kriege" nicht von den Amerikanern, sondern von den mit amerikanischen Atomwaffen ausstaffierten Europäern auszufechten sind — mit allen atomaren Konsequenzen für Europa. nicht für Amerika.

In Kissingers Theorien bekundet sich die Ansicht Amerikas, Westeuropa solle sich daran gewöhnen, seine Freiheit und Existenz auf eigenes atomares Risiko zu verteidigen. Die Westeuropäer sollen sich abgewöhnen, allein auf die amerikanische H-Bombe zu vertrauen.

Daß die amerikanische Ansicht auch eine politische Kehrseite hat, ist aber weder von Kissinger beschrieben noch in Europa beobachtet oder in der Bonner Debatte ausgesprochen worden. Dabei liegt auf der Hand, daß das wachsende militärische Eigenrisiko Europas und die



Franz Guckindieluft

gleichermaßen wachsende Abneigung Amerikas, sich zugunsten Europas in einen H-Bomben-Krieg mit der Sowjet-Union einzulassen, eigentlich auch dazu führen müßten, daß Europa sich entsprechend von den USA distanziert HOLZAPFEL

Berner Briefe

Der Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der schweizerischen Eidgenossenschaft, Botschafter Dr. Friedrich Holzapfel, hat wieder einmal bewiesen, daß gegen seine diplomatische Karriere kein Kraut gewachsen ist.

Holzapfel, von Beruf Bürsten- und Besenfabrikant, trat erst nach dem Kriege in den Auswärtigen Dienst ein. In den Nachkriegswirren hatte er es zum zweiten Vorsitzenden der Christdemokraten in der britischen Besatzungszone gebracht. Erster Vorsitzender war damals Konrad Adenauer, der es nach Gründung der Bundesrepublik für opportun hielt, seinen evangelischen Stellvertreter aus der Kampfzeit auf elegante Art abzuschieben, indem er ihn zum Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der schweizerischen Eidgenossenschaft erkor.

Im Bonner Außenamt empfand man den Friedrich Holzapfel bald als Ballast. Nicht nur, daß er sich als diplomatischer Unterhändler und Berichterstatter ungewöhnlich gab, auch in Etikettefragen hatte er selten eine glückliche Hand, und auf den Diplomaten-Cocktails zu Bonn und Bern machten alsbald die kuriosesten Geschichten über den ersten deutschen Nachkriegs-Botschafter die Runde.

Wiederholte Versuche der Bonner Zentrale, Holzapfel aus dem Auswärtigen Dienst zu entfernen, scheiterten stets an seiner Drohung, er werde sich wieder in das Bonner politisch-parlamentarische Geschehen einschalten.

Derartige Warnungen zeitigten stets die von Holzapfel gewünschte Wirkung, denn

